

Editorial

Die zweite Hälfte des Jahres 2017 war dominiert durch die Bundestagswahl am 24. September. Während die Liberalen zu den eindeutigen Siegern zählen und mit 10,7 % der Wählerstimmen wieder in den Bundestag eingezogen sind, haben die beiden Volksparteien dramatische Verluste hinnehmen müssen. Der Kanzlerkandidat der SPD erklärte 10 Minuten nach den desaströsen ersten Hochrechnungen für die eigene Partei die „Große Koalition“ für beendet. Die Sondierungsgespräche für eine Vierer-Koalition aus CDU, CSU, FDP und Grünen scheiterten am fehlenden Vertrauen der Verhandler untereinander. Wir haben uns in einem Kommentar auf Seite 4 Gedanken dazu gemacht.

Dass Mobilität im Alter nicht nur den physischen Aspekt betrifft, sondern auch und gerade den geistig-seelischen, darauf hat Prof. Kruse bei unserem Seniorentag hingewiesen. Wir führen die Überlegungen weiter (Seiten 8 und 9).

Dr. Wolfgang Allehoff
Landesvorsitzender

Die Liberalen sind wieder im Bundestag

Die Forschungsgruppe Wahlen fasst das Ergebnis der Bundestagswahl vom 24. September 2017 so zusammen:

„Bei der 19. Wahl zum Deutschen Bundestag wird die **Union** zum 16. Mal stärkste Partei, muss aber nach einem Rekordverlust von minus 8,6 Prozentpunkten mit **32,9** Prozent ihr schwächstes Ergebnis nach 1949 hinnehmen.

Die **SPD** fällt mit lediglich **20,5** Prozent (minus 5,2) auf ihr schlechtestes Ergebnis im Bund überhaupt.

Linke (9,2 Prozent; plus 0,6) und **Grüne (8,9 Prozent;** plus 0,5) können leicht zulegen.

Der **FDP** gelingt nach ihrem Absturz 2013 mit **10,7** Prozent (plus 6,0) ein starkes Parlaments-Comeback.

Mit der **AfD** erzielt erstmals seit 34 Jahren eine neue Partei Mandate, die nach einem bei Bundestagswahlen außergewöhnlichen Plus mit **12,6** Prozent (plus 7,9) zur drittstärksten politischen Kraft im Deutschen Bundestag avanciert“.

Unter Männern genießt die Partei nach Infratest Dimap noch immer stärkeren Rückhalt als unter Frauen (neun zu zwölf Prozent).

Auch bei Selbständigen ist der Erfolg der FDP überdurchschnittlich (17 Prozent), unterdurchschnittlich ist er bei Angestellten (elf Prozent).

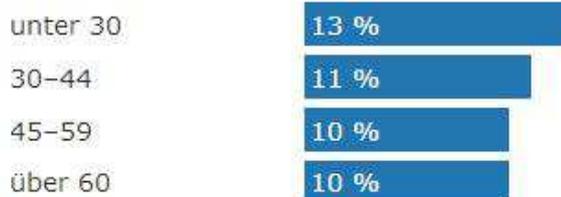
Die Partei ist, wie die Landtagswahlen schon gezeigt haben, eher westdeutsch geprägt (elf Prozent) als ost-

deutsch (sieben Prozent) (siehe Seite 2).

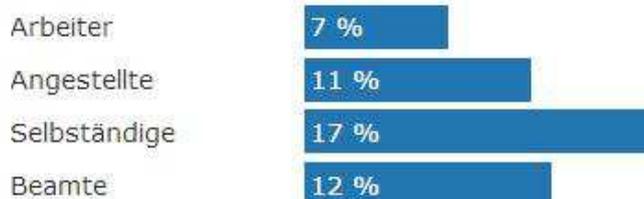
Neu - und ein Teil des Erfolgs - ist, wie stark die Zugewinne unter den 18 bis 24 Jahre alten Wählern sind: Hier steigt der Wert um sieben Prozentpunkte (Infratest). Die Kernklientel scheint die gleiche zu bleiben, aber sie wird deutlich durch eine neue Altersgruppe erweitert.

Wer wählte die FDP?

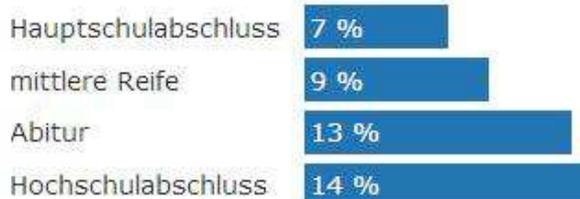
nach Alter



nach Beruf



nach Bildung

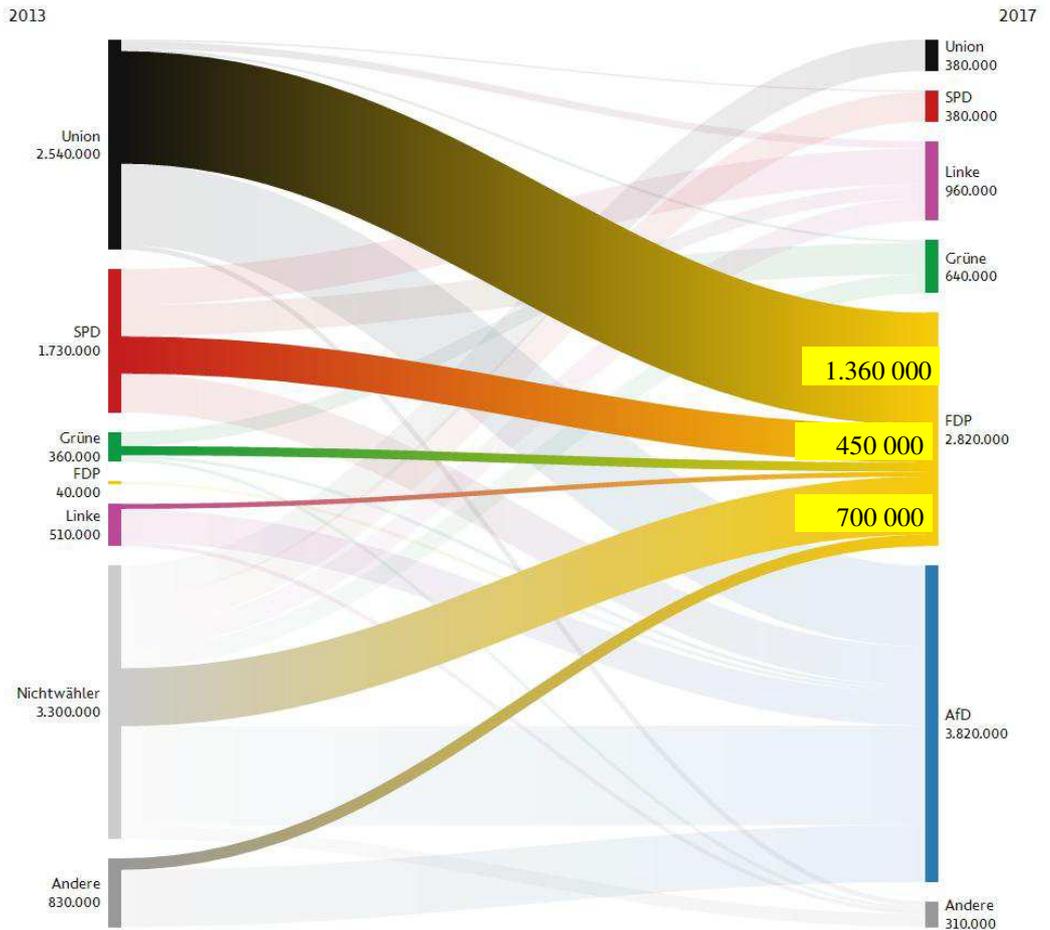


Wahlanalyse der Bundestagswahl 2017

Die Wählerwanderungsanalyse der Forschungsgruppe Wahlen bestätigt, dass im Vergleich zu 2013 die größten Wanderungsgewinne der FDP von der Union mit 1,36 Mio

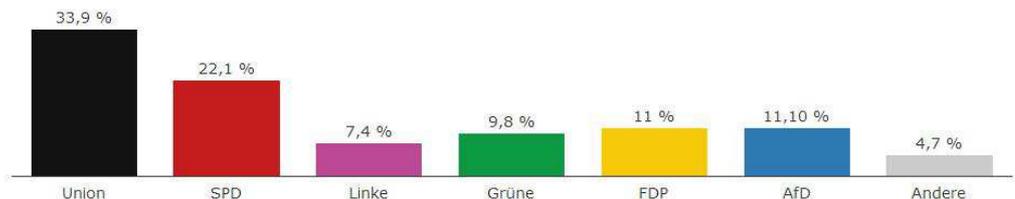
Wählern zu verzeichnen waren. Der zweitgrößte Anteil kam aus dem Lager der Nichtwähler (0,7 Mio). Zum Vergleich: von der SPD 0,45 Mio; von den Grünen 0,11 Mio; von der Linken 0,06

Mio; von anderen 0,14 Mio. Eine Million Wähler hat die Union an die AfD verloren. Weitere AfD-Gewinne sind 0,4 Mio von der Linken und 0,47 Mio von der SPD.



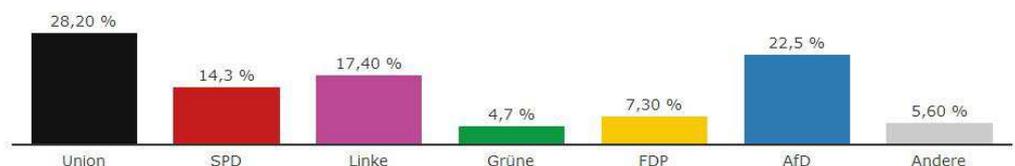
Stimmenverteilung in Westdeutschland

mit Berlin-West



Stimmenverteilung in Ostdeutschland

mit Berlin-Ost



Die Kasseler Erklärung der Liberalen Senioren vom 21. Oktober 2017

Der Wiedereinzug der Freien Demokraten in den Bundestag verpflichtet uns Liberale, den vom Wähler gewährten Vertrauensbonus einzulösen. Denn viele Wähler der früheren (sogenannten) Volksparteien haben das Fehlen einer Stimme für die soziale Marktwirtschaft im Bundestag vermisst.

Unsere im Wahlkampf vorgetragene Ziele und Themen gelten nach wie vor, sie sollten jetzt in den Koalitionsverhandlungen auch umgesetzt werden.

Aus seniorenpolitischer Sicht muss unser soziales „Profil“ dringend durch ein gründliches, aus liberaler Verantwortung gespeistes Pflegekonzept ergänzt werden – mit mehr Zeit und Zuwendung für eine menschenwürdige Pflege.

Unsere digitale Zukunftsvision erfordert die Einbeziehung auch der älteren Generation. Wir müssen die Digitalisierung auch als Chance für die Älteren vermitteln.

In diesem Zusammenhang fordern wir die sofortige Aussetzung des verfassungswidrigen Netzwerkdurchsetzungsgesetzes (*NetzDG*, Gesetz zur Verbesserung der Rechtsdurchsetzung

in sozialen Netzwerken, auch Facebook-Gesetz genannt).

Es darf nicht sein, dass genuin staatliche Kontrollaufgaben privaten ausländischen Internet-Firmen übertragen werden.

Die Liberalen Senioren fordern die FDP als Partei der leistungsbe-reiten Menschen in der Mitte der Gesellschaft auf, sich sowohl gegen Heilsversprechen vom rechten Rand zu wehren als auch gegen totalitäre Tendenzen vom linken Rand vorzugehen.

Bei der Ausein- setzung mit den rechten und linken Rän- dern der Gesellschaft kommt der älteren Ge- neration, und hier vor allem den ehrenamt- lich aktiven Liberalen, eine herausragende Rolle zu. Denn auf- grund ihrer Lebenser- fahrung tragen sie wes- sentlich zu einer stabi- len Mitte bei.

Unser Grundgesetz ist der Wertekanon für unser gesellschaftli- ches Zusammenleben. Es ist nicht verhandel- bar.

Die Freien Demokraten müssen den Anspruch haben und auch durch- setzen, dass die im

Grundgesetz formu- lierten „Gebote“ auch befolgt werden. Das gilt vor allem für die Auseinandersetzung mit dem Islam.

Die komplett verfehlte Migrationspolitik der Regierungskoalition aus CDU und SPD vom Herbst 2015 muss so schnell wie möglich korrigiert wer- den.

Da Deutschland auf- grund der demografischen Entwicklung ein Einwanderungsland ist, müssen wir das Erfolgskonzept von Kanada einer geordne- ten Einwanderung an unsere Verhältnisse anpassen.

Durch die vorherr- schende ideologische Energiepolitik haben wir in Deutschland die höchsten Verbraucher- preise, ohne die ge- setzten Ziele bei der Versorgungssicherheit und der CO₂- Reduzierung zu errei- chen. Die erhöhten Kosten bleiben aus- schließlich bei den Verbrauchern, und besonders bei den älteren Verbrauchern hängen.

Deshalb muss die planwirtschaftliche Energiepolitik des EEG sofort gestoppt wer- den. Das geht nur in

Zusammenarbeit mit un- seren europäischen Nachbarn. Deutsche Al- leingänge wie beispiels- weise bei der Stilllegung der Kernkraftwerke darf es mit Beteiligung der Freien Demokraten in Zu- kunft nicht mehr geben.

Wir Liberalen Senioren machen uns stark für die Interessen aller Generati- onen. Wir streben einen Deal zwischen Jung und Alt an: (Liberale) ältere Wähler unterstützen Jün- gere, in das politische Leben mit Mandaten zu kommen. Jüngere sorgen dafür, dass im Zusam- menspiel mit den Älteren (Erfahrung, Kompetenz, kraftvolle Zuversicht) ein generationenübergreifen- der Zusammenhalt ent- steht!

Beschluss der Bundesde- legiertenversammlung der Liberalen Senioren Kassel, den 21. Oktober 2017

Aphorismen von

Montesquieu 1689–1755

Wenn es nicht notwendig ist, ein Gesetz zu machen, dann ist es notwendig, kein Gesetz zu machen.

Man muss die Vorurteile seiner Zeit gut kennen, um sie weder zu verletzen noch ihnen zu verfallen.

Tritt eine Idee in einen hohlen Kopf, so füllt sie ihn völlig aus— weil da keine ist, die ihr den Rang streitig machen könnte.

Wenn du regieren willst, darfst du die Menschen nicht vor dir herjagen. Du musst sie dazu bringen, dir zu folgen.

Wie geht es nach den Jamaika-Sondierungen weiter?

Kritische Stimmen in diesem unserem Land sind der Meinung, würde man die Kriterien der Wirtschaft an die Politik anlegen, so befände sich die CDU unter ihrer Parteivorsitzenden Frau Merkel auf dem besten Weg in die Insolvenz.

Die Parteivorsitzende hat zwar noch versucht, diese Bankrotterklärung abzuwenden, indem sie mit aller Gewalt die letzten Werte der Union an die Grünen verscherbeln wollte, ist aber letztendlich an der Weigerung der FDP gescheitert, diese mitzutragen.

Die FDP war nicht bereit Werte ihrer Partei zu verkaufen, nur um einer gescheiterten Kanzlerin noch einmal in das Amt zu verhelfen.

Zitat Christian Lindner: „Es ist besser nicht zu regieren, als schlecht zu regieren“ Nun dachten an dem Abend viele, das ist es jetzt gewesen, jetzt muss Angela Merkel gehen. Nicht nur, dass sie bei der Wahl das schlechteste Ergebnis für die CDU seit 1949 eingefahren hat (¼ ihrer Wähler verloren), nein, Merkel ist auch daran gescheitert eine stabile Regierung zustande zu bringen.

In jedem wirtschaftlichen Betrieb müsste der

Vorstand jetzt zurücktreten, im schlimmsten Fall noch vorher Insolvenz anmelden, aber nicht so bei der CDU.

In Umkehrung des Sachverhalts wird nun über Verantwortung dem Staat gegenüber schwadroniert. Mit Hilfe gefälliger Medienvertreter (das Scheitern einer Jamaika-Koalition und damit die Ablehnung der freiwilligen Selbstverzweigung der Liberalen durch Lindner haben sie mit Entsetzen zur Kenntnis genommen) fällt Frau Merkel nun den moralischen Schuldspruch über die FDP. Übereifrig sekundiert von Jürgen Trittin, der die ganze Zeit auf ein Scheitern hingearbeitet hatte.

Jetzt wird medial fast die selbe Hatz vollzogen, die man vorher sonst über einen langen Zeitraum nur der AfD und CSU angedeihen ließ. Mit dem Unterschied, dass die CSU in der Selbstfindungsphase nach der Stabübergabe Seehofer—Söder natürlich auch auf die FDP eindrückt, um vom eigenen Versagen abzulenken.

Bei der Merkel-CDU stellt sich die Parteivorsitzende vor die ver-

sammelte Menge, sieht abermals keinen Fehler bei sich – der Fehler liege doch ganz klar bei Christian Lindner.

Nun wird es richtig kafkaesk. Es geht jetzt nicht mehr darum, was die Wähler von den Parteien erwarten, die diese gewählt haben, nein, es geht nun auch bei der anderen „Volkspartei“ um die „Verantwortung für das Land“.

SPD-Kanzlerkandidat Schulz, der 10 Minuten nach der ersten Hochrechnung am Wahlabend und der krachenden Niederlage sagte, dass eine Verlängerung der GroKo damit ausgeschlossen sei, wird von seiner Partei zurückgepfiffen.

Kritische Beobachter stellen nun überrascht fest, dass die SPD ab sofort „ergebnisoffen“ mit dem Ziel der Verlängerung der GroKo Sondierungsgespräche führt—und zwar erst mal mit sich selbst. Egal was das Führungsteam nun an Eckpunkten für Gespräche findet, die Delegierten entscheiden, was gemacht wird. Spötter nennen das „betreutes Führen!“. [WHA]

Neue Möglichkeiten in der Prävention

Seit letztem Jahr besteht die Möglichkeit, nach Krankheiten oder Operationen Leistungen zur Verhinderung von dauernden Krankheitsrisiken zu erhalten. In einem konkreten Fall wurde nach einer Hüftoperation im Anschluss an die reguläre dreiwöchige Reha von der Krankenkasse eine Rehabilitations-sport-Maßnahme mit 50 Übungseinheiten in 18 Monaten bewilligt.

Voraussetzung ist aber, dass eine entsprechende ärztliche Verordnung eingereicht wird. Diese Übungseinheiten werden direkt von der Krankenkasse mit dem entsprechenden Sportverein verrechnet.

Die dem Arzt im Quartal auferlegte Beschränkung von Verordnungen, z.B. zur Physiotherapie, gibt es hierbei nicht.

Solche Möglichkeiten zur Bewilligung von Trainingseinheiten sind seit dem 1.1.2016 in einem Gesetz zur Stärkung der Gesundheitsförderung und Prävention möglich. Der Gesetzgeber hat erkannt, dass präventive und gesundheitserhaltende Maßnahmen letztlich zu einer Senkung von Pflegekosten führen. In einer „Nationalen Präventionsstrategie“ entwickeln Krankenkassen mit Pflegekassen und

den Trägern der gesetzlichen Renten- und Unfallversicherung bundeseinheitliche Rahmenempfehlungen zur Gesundheitsförderung und Prävention.

Details:

Das Gesetz zur Stärkung der Gesundheitsförderung und Prävention ist Anfang 2016 in Kraft getreten und hat zukunftsweisende Vorgänge angestoßen.

Es hat vor allem zu Änderungen im Bereich – **Gesetzliche Krankenversicherung** und im Bereich – **Soziale Pflegeversicherung** geführt.

Für die Krankenkassen heißt das nun in der Satzung explizit, Leistungen zu übernehmen - zur Verhinderung und Verminderung von Krankheitsrisiken (primäre Prävention) sowie zur Förderung des selbstbestimmten gesundheitsorientierten Handelns der Versicherten (Gesundheitsförderung).

Zertifizierte Leistungsangebote können auf der Internetseite des Spitzenverbands Bund der Krankenkassen eingesehen und geprüft werden.

(www.gkv-spitzenverband.de)

Folgende Kurse werden von den Krankenkassen erstattet:

- **Bewegungsgewohnheiten;**
- **Ernährung;**
- **Stressmanagement;**
- **Suchtmittelkonsum.**

In Karlsruhe z. B. gibt es schon die Vereinsinitiative Gesundheits-sport (www.gesundheitssport-karlsruhe.de), in der 33 Sportvereine insgesamt über 350 Angebote machen.

Für Senioren besonders interessant unter Rubrik „Allgemeine Prävention“ z.B. Seniorengymnastik 60+ oder Sturzprävention.

In die Zukunft weist auch eine „**Nationale Präventionsstrategie**“. Dazu entwickeln die Krankenkassen mit den Pflegekassen und den Trägern der gesetzlichen Renten- und Unfallversicherung eine **bundeseinheitliche, trägerübergreifende Rahmenempfehlung zur Gesundheitsförderung und Prävention**.

Die Ausgaben der Pflegekassen für die Wahrnehmung dieser Aufgaben für Prävention und medizinische Rehabilitation umfassten

im Jahr 2016 für jeden Versicherten einen Beitrag von 0,30 €, der mit dem Durchschnittsentgelt der gesetzlichen Rentenversicherung jährlich angepasst wird. Diese oben genannten Leistungsträger können zur Erreichung der gemeinsamen Ziele einzeln oder in Kooperation mit Dritten Modellvorhaben durchführen. Auf der Internetseite des Spitzenverbands Bund der Krankenkasse (siehe oben) können unter Pflegeversicherung—Forschungsinformationen über Modellvorhaben aufgerufen werden.

So werden u.a. Informationen über

- *personenbezogene Budgets,*
- *Weiterentwicklung neuer Wohnformen und zur*
- *Erprobung von Leistungen der häuslichen Betreuung durch Betreuungsdienste gegeben.*

Insgesamt stehen dazu jährlich bis zu 5 Mill. € zur Verfügung.

Eine **Nationale Präventionskonferenz** erstellt alle vier Jahre einen Präventionsbericht, der Angaben zu den Erfahrungen mit der Umsetzung und zu den Ausgaben für die Leistungen der Träger enthält; erstmals zum 1.Juli 2019.

[HD]



Bulgarien

ist eine Republik in Südosteuropa mit etwa 7,2 Mio. Einw.

Bulgarien ist EU- und NATO-Mitglied.

Unabhängigkeitserklärung am 3. März 1878 (Nationalfeiertag)

vom Osmanischen Reich anerkannt am 22. 9. 1908

Hauptstadt: Sofia
1,2 Mio. Einw.

Bulgarien-Reise 2017 mit dem Europazentrum BW

Aus Anlass seiner zehnjährigen EU-Mitgliedschaft lautete das Thema der diesjährigen Studienfahrt der LSI mit dem Europa Zentrum Baden-Württemberg „Die EU und Bulgarien“ (20.-28. September 2017).

Die Fahrt war damit die Fortsetzung der seit 2001 durchgeführten Studienfahrtreihe, die mit Straßburg und Brüssel begonnen wurde und zuletzt Andalusien/ Gibraltar und zuvor Por-

tugal (30 Jahre EU-Mitgliedschaft) als Reiseziele hatte.

Unter der bewährten Führung von Herrn Nils Bunjes begab sich eine Gruppe von 21 Personen auf eine höchst unterhaltsame und informative Rundreise, während der die Gruppe nicht nur Bekanntschaft mit beeindruckenden Landschaften und Orten machte, sondern auch viel über die Geschich-

te, Kultur und heutige Situation der Menschen Bulgariens erfuhr.

Traditionell wurden mehrere Möglichkeiten zu politischen Gesprächen genutzt. Genau diese Gespräche zeichnen diese Studienfahrten auch aus: Über die Netzwerkkontakte von Herrn Bunjes kommen wir in Kontakt zu Persönlichkeiten, die sonst nicht möglich wären.

Stationen der Reise

Von Sofia ging es zunächst zum RILA-Kloster, dem größten auf dem Balkan (siehe Seite 7). Es gehört zum Unesco-Weltkulturerbe. Dieser Besuch war einer der Höhepunkte der Reise. Weitere Höhepunkte waren Melnik, die kleinste Stadt Bulgariens inmitten einer bizarren Landschaft von Sand- und Kalkpyramiden. Der Ort war einst Hauptstadt Bulgariens.

Die Reise führte weiter nach Plovdiv, der zweitgrößten Stadt des Landes. Ihre beeindruckende Altstadt mit einem römischen Amphitheater gehört ebenfalls zum Unesco-Weltkulturerbe. Auf den Besuch einer Rosenöl-Destilliererie folgte die Besichtigung der Thrakischen Grabstätte

(ebenfalls Unesco-Weltkulturerbe) von Kazanlak. Der Reiter von Madara, ein Relief in luftiger Höhe an einem Felsen gehört ebenfalls zum Unesco-Weltkulturerbe. Am darauffolgenden Tag ging es in südlicher Richtung zur bulgarisch-türkischen Grenze.

Am Grenzübergang „Kapitan Andreewo-Kapikule“ wurde uns die Arbeit der bulgarischen Grenzbeamten eindrucksvoll vor Augen geführt. Außerdem hatten wir Gelegenheit, an diesem Punkt der EU-Außengrenze mit einem deutschen FRONTEX-Beamten (einem hessischen Polizeibeamten) über seine Arbeit zur Sicherung dieser Grenze zu

sprechen. Alle waren von dieser Erfahrung tief beeindruckt.

Es ging weiter zum Schwarzen Meer, wo wir in Nessebar übernachteten und uns vorher noch die Ergebnisse der Bundestagswahl zu Gemüte führten. Über Varna, der 2600 Jahre alten „Meereshauptstadt Bulgariens“ ging es nach Tornovo, der mittelalterlichen Hauptstadt des Landes. Letzte Station der Reise war die Landeshauptstadt Sofia. Neben der Besichtigung der Stadt und einem Folklore-Abend in einem Lokal im Witoscha-Gebirge gab es hier Gelegenheit zu weiteren politischen Gesprächen.

Stationen der Reise

Eine Besonderheit der Reise war das Gespräch mit Emil Gotchev, dem Leiter des größten Grenzübergangspunkt Kapitan Andreevo an der bulgarisch-türkischen EU-Außengrenze.

Hier konnte die Gruppe unter anderem auch mit einem aus Deutschland entsandten FRONTEX-Grenzschrützer über die praktische Arbeit der Sicherung der teilweise grünen Grenze sprechen. Ebenso wurden die praktischen Maßnahmen zur Überprüfung der LKW vorgeführt.

Verschiedene Vorträge und Informationsreferate sollten uns einen Überblick über das Thema „10 Jahre EU-Mitgliedschaft - Auswirkungen auf das Rechtssystem“ bieten.

Wie in anderen EU-Ländern sind auch in Bulgarien nationale Gesinnungen verbreitet.

Die Veranstaltung in der Vertretung der EU-Kommission in Sofia war sehr interessant. Der Verantwortliche schilderte die Aufgaben und Probleme im Lande.

Sicherlich hat man von bulgarischer Seite sehr hohe Erwartungen an die Mitgliedschaft geknüpft, ist aber trotz mancher Enttäuschung mehrheitlich positiv gegenüber der EU eingestellt.

Am Tag der Abreise besuchten wir noch die Deutsche Botschaft. Botschaftsrat J. Schenk referierte kenntnisreich über das



Land, die Menschen und die politische und wirtschaftliche Situation im Lande. Er bestätigte viele Aussagen, welche unser ausgezeichnete bulgarische Reiseleiter Stojan Bogdanov während der Rundreise getroffen hatte.

Die Reise war wieder hervorragend organisiert. Wir hatten Gelegenheit, in angenehmer Atmosphäre

(Hotels, Verpflegung, Betreuung, Bus waren vom Besten) ein sehr schönes Land kennenzulernen.

Eine solche Reise kann auch dazu dienen, mannigfaltige Vorurteile über andere Völker abzubauen. Nur bleiben die Leute mit den größten Vorurteilen leider (oder vielleicht auch Gott sei Dank) lieber zu Hause.

[Guglielmo Mizia]



Aphorismen zum Altwerden

Die Seele kommt alt zur Welt, aber sie wächst und wird jung. Der Leib kommt jung zur Welt und wird alt. Das ist die Tragödie unseres Daseins.

Oscar Wilde
1854–1900

Die Leute, die nicht zu altern verstehen, sind die gleichen, die nicht verstanden haben, jung zu sein.

Marc Chagall
1887–1985

Siehe, wir hassen, wir streiten; es trennt uns Neigung und Meinung; aber es bleicht indes dir die Locke wie mir.

Friedrich Schiller
1759–1805

Lebenslanges Lernen

Professor Andreas Kruse ging in seinem Vortrag beim Liberalen Seniorentag am 15. Juli 2017 mit dem Thema „Mobilität ist Leben – Ein Konzept für die Gesellschaft des langen Lebens“ anhand der Physiologie auf die Relevanz der Mobilität in körperlicher UND geistig / seelischer Hinsicht ein.

Kontrollierte physische Aktivitäten hätten unbestreitbare positive Wirkungen auf Nervenzellen und die DNA und verbesserten die Erfolge kognitiver Trainings. Es gehe um ein neues Wahrnehmen und den Offenheitsbegriff auch sich selbst gegenüber als Grundlage guten Lebens. **Mobilität müsse ins Zentrum gestellt** und umfassend gesehen werden. Nämlich in körperlicher, kognitiver und emotionaler Hinsicht.

Diese sei entscheidend für die Perspektivität.

Zudem gehe es darum, in Sorgestrukturen zu Leben. Selbst Sorge empfangen, aber auch für andere sorgen und sich aktiv zum Nutzen für die Gesellschaft und sich selbst aktiv einbringen, seien zentrale Begrifflichkeiten. Demokratie sei gefährdet, wenn man sich zurückziehe. „Der Staat muss Gelegenheitsstrukturen für

Generationenbegegnungen schaffen. Das Alter und die Potenziale des Alters zum Nutzen der Gesellschaft müssen mehr als Thema des öffentlichen Raums gesehen werden“, forderte Kruse.

Soziale Aktivität und ein Leben des Freiheitsbegriffs im Sinne von Alexis de Tocqueville seien nicht nur elementar für eine demokratische Gesellschaft, sie diene der eigenen Prävention und Lebenszufriedenheit. Er ermunterte, dass gerade ältere Menschen sich verstärkt einbringen und einmischen sollten.

Diese Denkanstöße zum „Lebenslangen Lernen“ sollen hier aufgegriffen werden.

„Jeden Tag etwas Neues lernen“ (Kruse), kann als eine Konkretisierung des lebenslangen Lernens verstanden, als das Lernen auch nach der beruflichen Lebensphase, betrachtet werden.

Kruse stellt in seinem Vortrag fest, dass die Lernfähigkeit im höheren Alter nicht nachlässt, dass durch körperliche und geistige Aktivität wesentliche Fähigkeiten erhalten werden können, ja so-

gar bei gesicherter Mobilität Neues begonnen werden kann.

Es geht nun darum, den gegebenen erweiterten Lebensspielraum zu nutzen, dem altersspezifischen Lernen den ihm zukommenden Inhalt und Sinn zu geben. Kruse: „Selbst Sorge empfangen, aber auch für andere sorgen und sich aktiv zum Nutzen für die Gesellschaft und sich selbst einbringen, sind zentrale Aufgaben.“

Er bezieht sich auf Montesquieu, wenn er die zentrale Bedeutung der generationenübergreifenden Verantwortung für das Gemeinwesen herausarbeitet.

Nun der Versuch, noch ein Stück konkreter zu werden. Fangen wir an mit der Skizze eines zeitgemäßen Selbstbilds der Senioren.

- Dabei geht es zuerst um die innere Haltung, sich der gesellschaftlichen und politischen Verantwortung zu stellen. Kein Rückzug mit dem Seufzer: Gut, dass ich die beruflichen Umbrüche im Zeitalter des Computers und die Entwertung meiner beruflichen

Lebenslanges Lernen

- Kompetenz durch radikale Veränderungen nicht mehr mitmachen muss. Sondern Wege suchen, Erfahrung und Kompetenz auch in einen klugen, taktvollen Austauschprozess mit Jüngeren einzubringen.
 - Bei der Beschreibung wesentlicher Aspekte des aktiven Lernens im Alter stoßen wir auf ein Phänomen, das man Nachholen des Versäumten nennen kann. Für viele ist es möglich, unerfüllte Träume bei Bildung und Reisen zu erfüllen; welch ein Lebensgefühl, mit ausgestreckten Beinen ausführlich zu schmökern, überwältigt von Texten, die einen unmittelbaren Lebensbezug haben oder eben die Seele frei baumeln lassen.
 - Nicht weniger wichtig das Zusammenfügen von Stücken der eigenen Biografie, des lückenhaften Tagebuches aber auch der vernachlässigten Kontakte zu nahen und fernen Menschen. Allerdings sollte nun nicht das schlechte Gewissen oder gar aufkommende Schuldgefühle die Oberhand gewinnen. Wenn irgendwo Altersweisheit gefragt ist, dann hier in der Freiheit, das zu tun, was möglich ist. Nehmen wir einen verwandten Komplex in den Blick: der Aufbau von Sorgestrukturen als Geben und Nehmen, verbunden mit der realistischen Einschätzung der eigenen Kräfte.
- Schwer und ernst sind die Einschränkungen für viele ältere Menschen, die sich aus einer schlechten wirtschaftlichen Situation oder Krankheit ergeben. Es ist ein bewundernswertes Zeichen von Selbstdisziplin und Rücksicht auf andere, dass viele Betroffene ihre Beschwerden nahezu klaglos hinnehmen. Diese Haltung ist der Ausdruck einer hoch zu schätzenden Rücksichtnahme auf andere. Sie sollte aber nicht zum Rückzug in eine sich immer mehr einengende Welt führen.
- Und das Reden von der eigenen Krankheit, oft ausführlich und andere in Beschlag nehmend, ist auch legitim!
- Wer hat sich nicht schon dabei ertappt, dass er seine Situation als die wichtigste der Welt nimmt. Seid verständnisvoll zueinander.
- Aktive Teilhabe am Geschehen nach Maßgabe der Kräfte ist von unschätzbarem Wert. Die oft zu beobachten-

de Hinwendung zu anderen Menschen gehört zu den großen menschlichen Eigenschaften.

Das Medium, in allen Lebenssituationen Beteiligung und Unterstützung zu ermöglichen, ist das Gespräch: Nicht nur die Unterhaltung zwischen Tür und Angel, deren Wert man allerdings nicht unterschätzen sollte, sondern das intensive Miteinander, getragen von Empathie und Neugier und dem ernsthaften Willen, etwas Neues zu erfahren oder dem Wunsch, getröstet zu werden.

Dieses Gespräch ist oft die einzige Möglichkeit, die Welt um sich herum einigermaßen zu ordnen und zu verstehen. Miteinander in vollem Sinne sprechen zu können ist eine – ohne zu übertreiben – fundamentale Bereicherung des Lebens, gerade auch in Generationen übergreifenden Situationen.

Wir plädieren für:

„Jeden Tag etwas Neues lernen“ und in ein aktives Leben einbringen für sich und andere.

[KS]

Aphorismen zum Altwerden

Der eigene Hund macht keinen Lärm – er bellt nur.

**Kurt Tucholsky
1890–1935**

Untergangspropheten, die vom Pessimismus leben – und das gar nicht schlecht – empfinden jede Art von Zuversicht zwangsläufig als Existenzbedrohung

**Bob Hope
1903 – 2003**

Verstehen kann man das Leben nur rückwärts; leben aber muss man es vorwärts.

**Sören Kierkegard
1813–1855**

Dr Jürgen Sontheimer

Fachanwalt
für Steuerrecht
in Mannheim,

referierte über
das deutsche
Steuersystem am
7. September
2017 in Hirsch-
berg-
Leutershausen.

Kann es soziale
Ungerechtigkeit
beseitigen?

**Der Spitzensteu-
ersatz von 42
Prozent wird in
Deutschland der-
zeit ab einem
Einkommen von
rund 54 000 €
brutto im Jahr
fällig.**

**„Das ist etwa das
Eineinhalbfache
des Durch-
schnittsein-
kommens“, er-
läuterte der Steu-
erfachmann. Im
Jahr 1975 sei
der Spitzensteu-
ersatz jedoch
erst ab dem
Sechsfachen des
Durchschnitts-
einkommens an-
gefallen.**

Ein Blick auf das deutsche Steuersystem

Das deutsche Steuersystem zählt zu den kompliziertesten der Welt. Deshalb hatten die Liberalen Senioren Region Rhein-Neckar unter der Leitung von Karl-Heinz Weibert zu einer Informationsveranstaltung mit dem Fachanwalt für Steuerrecht Jürgen Sontheimer eingeladen.

Das Thema Steuern wird zwischen allen Parteien kontrovers diskutiert, da die Parteien unterschiedliche Ziele verfolgen, die häufig mit einer Änderung der Steuersätze verbunden sind.

Die Einnahmeseite des Staates wird gestärkt, die Wirtschaft angekurbelt und soziale Ungerechtigkeit soll beseitigt werden. Ob das mit den unterschiedlichen Vorschlägen der Parteien gelingen kann, dieser Frage ging der Fachanwalt für Steuerrecht, Jürgen Sontheimer im Hirschberger Hilfeleistungszentrum nach. Dabei lenkte Sontheimer den Blick seiner Zuhörer zunächst auf die Einnahmeseite des Staates. Diese sieht nicht schlecht aus, immerhin stiegen die Steuereinnahmen von Bund, Ländern und Kommunen in den vergangenen sieben Jahren um gut 200 Milliarden Euro.

Bis zum Jahr 2021 ist eine weitere Steigerung der Steuereinnahmen um 120 Milliarden Euro prognostiziert. Außerdem sorgt die Niedrigzinspolitik der Europäischen Zentralbank dafür, dass der Bund jährlich 20 Milliarden Euro an Kreditzinsen einspart, so Sontheimer.

Somit sei eine Steuerentlastung der Bürger durchaus möglich und nicht nur in der Größenordnung von 15 Milliarden Euro, wie sie Finanzminister Wolfgang Schäuble genannt hatte. In diesem

Zusammenhang blickte Sontheimer auf den 1991 eingeführten **Solidaritätszuschlag**, der eigentlich 2019 abgeschafft werden sollte.

Finanzminister Schäuble hatte sich aber erst kürzlich gegen eine rasche Abschaffung des Solidaritätszuschlags zum Jahr 2019 ausgesprochen. Denn das würde den Staat auf einen Schlag auf der Einnahmeseite mit 17 Milliarden Euro belasten. Angesichts der sprudelnden Steuereinnahmen sah Sontheimer dennoch durchaus die Möglichkeit, den Solidaritätszuschlag zum bislang gesetzten Zieljahr auslaufen zu lassen.

Spitzensteuersatz und kalte Progression sind immer wieder Begriffe, die im Zusammenhang mit der Einkommenssteuer genannt werden. Auch diesen ging Sontheimer im Hilfeleistungszentrum nach. Der Spitzensteuersatz von 42 Prozent wird in Deutschland derzeit ab einem Einkommen von rund 54 000 Euro brutto im Jahr fällig.

„Das ist etwa das Eineinhalbfache des Durchschnittseinkommens“, erläuterte der Steuerfachmann. Im Jahr 1975 sei der Spitzensteuersatz jedoch erst ab dem Sechsfachen des Durchschnittseinkommens angefallen. Alleine darin zeige sich die Ungerechtigkeit des derzeitigen Einkommensteuersystems und die daraus resultierende sogenannte kalte Progression. Hier wäre eine Reform notwendig, die zu einer Entlastung mittlerer Einkommen führt, so Sontheimer.

Eine andere Art der Steuerentlastung erachtete Sontheimer allerdings nicht

als sinnvoll, nämlich eine Reduzierung der Umsatzsteuer. Das sei zwar theoretisch die gerechteste Art der Steuerentlastung, sie würde aber Wahrscheinlich keine Wirkung erzielen.

Eine Absenkung des Mehrwertsteuersatzes um einhalb Prozent würde von den Unternehmen vermutlich gar nicht an den Verbraucher weiter gegeben. Zudem sorgten diese einhalb Prozent weniger Mehrwertsteuer für etwa 20 Milliarden Euro, die den Bürgern zusätzlich zur Verfügung stünden, was sich aber kaum auf das Kaufverhalten der Deutschen auswirke.

Mit einer Senkung der Grunderwerbsteuer ließ sich dagegen durchaus eine Wirkung erzielen, so Sontheimer. Denn damit hätten zum Beispiel junge Familien mehr Geld für den Hausbau zur Verfügung. Daher forderte Sontheimer eine Rückkehr zu einem bundesweit gültigen Steuersatz für den Grunderwerb von dreieinhalb Prozent. „Die Steuereinnahmen aus dem Grunderwerb steigen sowieso, da die Immobilienpreise steigen“, verdeutlichte er. Damit stünden dem Staat also nicht unbedingt weniger Geld zur Verfügung.

Viele Steuerarten sprach Sontheimer an diesem Abend noch an und kam auch auf das Thema **Steuervereinfachung** zu sprechen.

„Das wäre schön“ befand er, aber gar nicht so einfach zu realisieren. So hätte alleine das von Paul Kirchhoff vor einigen Jahren vorgeschlagene Steuersystem ein Buch mit über 1300 Seiten gefüllt. [KHW]

Graswurzeldemokratie beim „Aufbruch Stuttgart“

Nach Ansicht der Stadt sei bisher nur klar, was die Initiative will (einen Stadtboulevard), nicht aber, welche verkehrlichen Voraussetzungen für eine Umwandlung der Bundesstraße B14 sie für nötig erachten würde.

Um die Stimmung in der eigenen Initiative zu ergründen, wurde ein Fragebogen erstellt, die die Hauptfragen beantworten soll:

1. Wie viele Arbeitsschwerpunkte sollen Abgedeckt werden? Fokussierung auf die Kulturmeile von Charlottenplatz bis Gebhard-Müller Platz oder mehrere wie z. B. Kulturmeile, Marienplatz bis Neckartor, Kulturbauten hinter dem Bahnhof, Rosensteinviertel u.a?

2. Soll die Initiative konkrete Vorschläge zu Neubauten und Nutzungen entlang der Kulturmeile in Vorbereitung auf den anstehenden städtebaulichen Wettbewerb machen—oder nicht?

3. Wie soll sich die Initiative zu Lösungsoptionen hinsichtlich der Interimsoper positionieren? Standortvorschläge?

4. Welche Position soll die Initiative zum Königin-Katharina-Stift beziehen? Städtebauliche Neustrukturierung? Soll, wenn nötig auch der Abriss des Königin-Katharina-Stifts akzeptiert werden?

5. Soll die Initiative fordern: eine Verlangsamung / Reduktion des Verkehrs an der Konrad-Adenauer-Straße, die

Verlängerung des Tunnels vom Charlotten- bis zum Gebhard-Müller- Platz und den Ausbau zum Boulevard und zu Stadtplätzen— oder dies den Experten überlassen? .

6. Soll sich die Initiative auf die Kulturmeile beschränken oder soll sie ein großräumiges Konzept berücksichtigen und dazu Vorschläge machen: eine systemische Lösung der Verkehrsproblematik zur Entlastung der Kulturmeile: Ausbau öffentlicher Nahverkehr, Einschränkung der Durchfahrtsmöglichkeit durch Stuttgart u.a.

Der AK „Kultur“ der Freien Demokraten Stuttgart plant zu dem Thema eine Info-Veranstaltung in 2018. [GRH]

In die Debatte um die „Kulturmeile“ in Stuttgart ist durch die Gründung der Bürgerinitiative „Aufbruch Stuttgart“ Bewegung gekommen.

Der Fernsehjournalist Wieland Backes organisierte die sonntägliche Protestaktion am 17.9.2017 für eine autofreie Kulturmeile zusammen mit seiner überparteilichen Initiative „Aufbruch Stuttgart“. 2000 Teilnehmer folgten dem Aufruf. Die Initiative glaubt, dass der Umbau in einen Stadtboulevard ohne Senkung des Verkehrsaufkommens gelingen kann.

Die Stadt Stuttgart widerspricht.

Zwar wird die Initiative in der Verwaltung grundsätzlich mit Wohlwollen betrachtet, weil die Stadtentwicklung auch Bürgersache sei, gleichzeitig gibt es aber auch kritische Stimmen. Behauptungen wie die, ohne Backes & Initiative hätte es keine Diskussion gegeben seien nicht richtig. Schon im Dezember 2015 sei ein Ratsbeschluss erfolgt, Planungsmittel von 400000 Euro für diverse Varianten der Kulturmeile bereitzustellen.



Demo der Initiative „Aufbruch Stuttgart“ am 17.9.2017 auf der „Kulturmeile“

Hambacher Symposium 2017

Auf Einladung der Friedrich-Naumann-Stiftung für die Freiheit diskutierte wenige Tage nach der Bundestagswahl im Saal des historischen Hambacher Schlosses ein vielseitiges Panel von Experten aus Politik, Wissenschaft und Medien über die Ergebnisse der Abstimmungen in Frankreich, Vereinigtem Königreich und auch Deutschland.

Über 100 Gäste kamen nach Neustadt an der Weinstraße, um unter der Überschrift „Europa hatte die Wahl“ dem diesjährigen Symposium zu folgen und sich mit eigenen Fragen in der Diskussion einzubringen.

Herbert Mertin, rheinland-pfälzischer Justizminister der FDP, erinnerte zu Beginn des Hambacher Symposiums 2017 als Schirmherr an die große Beteiligung von polnischen Freiheitskämpfern an dem Hambacher Fest. Der aktuelle Versuch von hoher Einflussnahme und Kontrolle von Richtern und Staatsanwälten durch die national-konservative Regierung widerspreche dabei europäischen Grundsätzen der Rechtsstaatlichkeit. "Das was in Polen geschieht, ist nicht kritiklos zu akzeptieren." sagte er. Als Vorsitzender der „Alliance of Liberals and Democrats for Europe Party (ALDE)“ sprach **Hans van Baalen** zuerst die polarisierte Präsidentschaftswahl in Frankreich und nun geäußerte Reformvorschläge an: "Ich bin froh dass Sie gewonnen haben,



Das für die freiheitliche Entwicklung Deutschlands historische Hambacher Schloss bei Neustadt/Weinstraße



Hans van Baalen (l) und unsere LSI Mitglieder Karl-Heinz Weinert (m) und Dr. Jürgen Sontheimer (r) beim Hambacher Symposium 2017.

Herr Macron. Aber Sie müssen sich als Partner von Deutschland verstehen!".

Von Moderator **Dr. Stephan Wolf** an das hohe Ergebnis der Rechtspopulisten in Deutschland erinnert, teilte der niederlän-

ländische Europapolitiker seine langjährigen Erfahrungen im Umgang mit der PVV und dessen Vorsitzenden Geert Wilders:

Mit denen gehe man wie mit jeder anderen normalen Partei um. Nicht auf jeden "Mist" direkt eingehen, aber dafür in den konkreten Themen inhaltlich hart stellen!

Für **Prof. Dr. Karl-Heinz Paqué**, stellv. Vorsitzender der Friedrich-Naumann-Stiftung für die Freiheit, ist die Dämonisierung von Proteststimmung und daraus in Parlamente gewählter Rechtspopulisten ebenso eine klar gescheiterte Strategie.

tegie.

Problemlösung durch kluge Politik sei daher die beste Antwort auf Fundamentalkritik an unseren demokratischen und liberalen Werten. [KHW)

Klimawandel und Klimaforschung an der Uni Heidelberg

Am Nachmittag des 6. Oktober 2017 hatten wir uns ein umfangreiches Programm vorgenommen.

Einführung in das Konzept des IUP und des Heidelberg Center for the Environment (HCE)

Dr. Sanam Vardag

Gibt es den anthropogenen (menschengemachten) Klimawandel? Verschiedene Befunde

apl. Prof. Dr. Klaus Pfeilsticker

ICOS – Ein Beobachtungsnetzwerk für Treibhausgase.

apl. Prof. Dr. Ingeborg Levin

Besichtigung des Radiokohlenstofflabors am IUP Heidelberg

Nicht nur die Mitglieder der LSI Regionalgruppe Rhein-Neckar Nordbaden, sondern auch interessierte weitere Bürger ließen sich diese Vorträge und Führung nicht entgehen.

Prof. Dr. Vardag zeigt uns auf der Weltkarte die verschiedenen Messstationen für entsprechende Proben aus allen Erdteilen (aus der Arktis und Antarktis; zu Luft, zu Wasser und zu Land).

Die Aufgabe des HCE sei es, die umweltwis-

senschaftlichen Aktivitäten in Forschung, Lehre und auch in der Kommunikation zu bündeln. Die Zusammenarbeit mit anderen wissenschaftlichen Institutionen im In- und Ausland zähle die den zentralen Funktionen.

Prof. Dr. Pfeilsticker führte uns ein in die Messreihen, die vorgenommen werden, um die Kohlenstoffmoleküle zu bestimmen.

Eine seiner für mich wichtigen Aussagen war, dass die Physiker sich auf die ermittelten Daten beschränken wollen und dies nach dem Motto der wissenschaftlichen Objektivität vornehmen.

Was anschließend Politiker, Medien und andere daraus modellieren, interpretieren, sei nicht Sache der Forschung und der Wissenschaftler.

Pfeilstickers Aussage nach ist der Anstieg der Treibhausgase und von CO₂ die Ursache für die steigenden Temperaturen im Weltklima.

Diese Aussage wurde von den Diskussions Teilnehmern hinterfragt. Kritisch diskutiert wurden die statistischen Modelle.

So sei in der Nordhemisphäre seit 1880 ein Temperaturanstieg

von 1,2 ° gemessen worden, jedoch in der Südhemisphäre deutlich weniger, weil der Anteil der Ozeane dort größer sei.

Kontrovers wurde zum einen die Definition von Klima und Wetter diskutiert und zum anderen die Kausalitäten der anthropogenen Einflüsse auf das Wetter und die Einflüsse der Sonne. Ein gefundener Minimalkonsens war, dass es heutzutage im Zeitalter der Quantenphysik eben keine Gewissheiten mehr gäbe, sondern nur Wahrscheinlichkeiten.

Prof. Ingeborg Levin stellte das „ICOS“, ein Beobachtungsnetzwerk für Treibhausgase vor. Ihr Hauptforschungsgebiet sind C¹⁴/ C¹²-Analysen. ICOS ist ein Riesennetz in Europa, teilweise schiffsgestützt und versucht die Quellen und Senken für CO₂ zu erfassen.

FAZIT: Die Forschung weiter vorantreiben. Auch kritische Wissenschaftler zu Wort kommen lassen.

Positiv wäre, wenn Journalisten ihrer Arbeit in der Recherche gründlicher nachgehen würden.

[KHW]

Bilder -> LSI Galerie



INSTITUTE OF ENVIRONMENTAL PHYSICS

Der Begriff "Umweltphysik" wurde mit der Gründung des Instituts für Umweltphysik (IUP) in Heidelberg im Jahr 1975 geprägt. Die Umweltphysik als Forschungsrichtung entwickelte sich beginnend in den 1950er Jahren aus der Entwicklung und Anwendung kernphysikalischer Messmethoden mit dem Ziel, das System Erde nach physikalischen Gesichtspunkten zu untersuchen. Die primären Zielsetzungen gelten somit nicht dem Umweltschutz, vielmehr beschäftigt sich die Umweltphysik als Teilgebiet der Physik mit Fragestellungen im Zusammenhang mit dem Fluss von Energie und Materie in unserer Umwelt. Das Wort Physik weist auf die spezielle Methode hin, also auf den Blickwinkel, unter dem die Probleme betrachtet werden.

Jahresabschluss 2017 in Oberwachingen

**Donnerstag,
16. November
2017**

Regionalverband Bodensee-Oberschwaben-Ulm

Aus dem ganzen Einzugsbereich unseres Regionalverbands kamen **50 Teilnehmer** ins *Gasthaus Neuhaus* nach *Oberwachingen* um ein traditionelles Gansessen zu genießen.

Aber dieses Jahr hatte das Organisationsteam sich ein besonderes Highlight ausgedacht.

Um 14:00 Uhr erlebten wir den Auftritt des *Cabarets „Vorgestern“*-

Bock bot uns Lieder dar, die einst von Hildegard Knef gesungen wurden.

Begleitet wurde sie am Keyboard von ihrem Mann Christoph Bock.



Zu Berlin gehöre auch Bert Brecht, erzählte das strickende Fräulein Häberle, alias Angelika Blattner und so hörten wir den berühmten Mäcki-Messer-Song aus der Dreigroschenoper.

Marlies Scharbacker-Bock rezitierte auch Gedichte von Kurt Tucholsky und Erich Kästner.

Unser LSI Mitglied Roland Ernst trug mit seiner Klarinette und dem Saxophon ebenfalls zum Gelingen bei. Am Ende brauste großer Applaus auf.

Dr. Bozler bedankte sich bei den darbietenden Damen mit je einem Blumenstrauß und konnte auch den Dank des Publikums für einen rundum gelungenen Jahresabschluss entgegennehmen. [KK]



eine Begegnung mit Berlin.

Eine Ulmer Schwäbin erkundet das Berlin von vorgestern bis heute und entdeckt dabei unverwechselbare, charmante und wissenswerte Geschichten.

Wir hatten an den Liedern aus dem alten und auch neueren Berlin unsere helle Freude und wippten im Takt mit.

Hildegard Scharbacher-



Marlies Scharbacker-Bock

Besuch bei Carl Laemmle im Museum für Christen und Juden (17.9.2017)

Carl Laemmle schrieb Filmgeschichte. Er wäre 2017 150 Jahre alt geworden.



Als Begründer der Universal Pictures Corporation und von Universal City schuf er die größte und wichtigste Filmmetropole der Welt: **Hollywood.**

Seiner Geburtsstadt Laupheim blieb er zeitlebens eng verbunden. Laemmle war 1884 mit 17 Jahren ausgewandert und eröffnete 1906 sein erstes Kino in Chicago.

1915 zog er an die Westküste und erbaute die Filmstadt Universal City. Bis 1936 produzierte er über 9000 Filme, darunter „Der Glöckner von Notre Dame“, „Das Phantom der Oper“ oder „Im Westen nichts Neues“, wofür er den Oscar entgegennahm.

Danach machte Universal mit Filmen wie „Dracula“ und „Frankenstein“ das Genre des Horrorfilms salonfähig. Ab 1936 setzte sich Laemmle

für die zur Emigration gezwungenen Juden Deutschlands ein: Er übernahm mehr als 300 Bürgschaften und ermöglichte damit ihre Auswanderung. Er starb am 24. September 1939 in seiner Villa in Beverly Hills.

Das ober-schwäbische Laupheim beheimatete einst die größte jüdische Gemeinde im Königreich Württemberg. Drei Jahrhunderte prägte das Neben-, Mit- und Gegeneinander von Christen und Juden das Leben des Ortes. Das Laupheimer Museum vermittelt auf einmalige Weise die Geschichte der Bezie-



Die ersten jüdischen Familien baten 1724 um Aufnahme in Laupheim. Der Ort, schon 778 in einer Urkunde des Klosters St. Gallen erwähnt, war im Mittelalter Residenz verschiedener schwäbischer Adelsgeschlechter. 1734 unterzeichnete Carl Damian von Welden einen Schutzvertrag für 20 jüdische Familien.



Parallelwelten im 18. Jahrhundert Bis die Ideale der Aufklärung wirksam wurden, lebten christliche und jüdische Laupheimer noch in einem religiös geprägten Nebeneinander: Es gab keine größeren Konflikte, aber auch kaum gemeinsame Aktivitäten. Gleichwohl wuchs die jüdische Gemeinde.

hungen von christlicher Mehrheit und jüdischer Minderheit. Christliche wie jüdische Laupheimer hatten maßgeblichen Anteil an der Ortsentwicklung, engagierten sich gleichermaßen im wirtschaftlichen, politischen und kulturellen Leben.

Die sehenswerte Dauerausstellung zeigt die verschiedenen Etappen der Integration der jüdischen Minderheit in die kleinstädtische, überwiegend katholische Mehrheitsgesellschaft. **Bei einer Führung von 90 Minuten** erlebten wir einen chronologischen Rundgang.

Es wird die jüdische Geschichte als wesentlicher Bestandteil der allgemeinen Entwicklung präsentiert.

Besonderes Augenmerk liegt zudem auf Menschen, die die christlich-jüdische Koexistenz über die lokalen Grenzen hinaus geprägt haben.

Als Höhepunkt sahen wir im Laemmle-Kino einen Schwarz-weiß Stummfilm von Carl Laemmle.

Krönenden Abschluss bildete das anschließende gemeinsame Mittagessen im Gasthof „Schützen“.

[KK]

Bilder -> LSI Galerie

Redaktionsteam / Themen / Termine

Liebe Mitglieder und Freunde der LSI,

mit unseren Themenstellungen sind wir auf der Höhe der Zeit:

- Fokus auf **gesundheitsstärkende Faktoren**
- Fokus auf **Sicherheit und Prävention**
- Fokus auf architektonische **Wohnkonzepte, die nicht erst im Alter beginnen**
- Fokus auf **Lernkonzepte, die lebenslang gelten**
- Fokus auf **generationenübergreifende Lösungsansätze**
- Fokus auf **bürgerschaftliches Engagement**

Ihr Redaktionsteam

Redaktionsteam:

Dr. Wolfgang Allehoff (WHA)
Heidemarie Skudelny (SKY)
Dr. Kurt Sütterlin (KS)
Günther Hammer (GRH)
Klaus Kastner (KK)

Autoren dieser Ausgabe:

Dr. Horst Dilger (HD)
Karl-Heinz Weinert (KHW)

Gastbeiträge

Guglielmo Mizia (GM)

Nächste LSI Aktuell-Themen

1. **Mobilität und Stadt-Land-Problematisierung**
2. **Lebenslanges Lernen aus LSI-Sicht**

Aufruf zur Mitarbeit:

Unser LSI-Aktuell kann nur so informativ sein, solange Sie – unsere Leser – aktiv an der Gestaltung mitarbeiten. Bitte senden Sie Ihre Zuschriften an unsere zentrale E-Mail-Adresse

info@liberale-senioren-bw.de

Terminankündigungen:

- Landesparteitag der Freien Demokraten in Fellbach 5.1.2018
- Drei-Königs-Kundgebung der Freien Demokraten in Stuttgart 6.1.2018
- Podiumsdiskussion Stadt-Land in Horn / Höri am 20. 4.2018
- LSI Mitgliederversammlung am 5.5.2018 in Ludwigsburg
- X. Liberaler Landesseniorentag am 16. 6. 2018 in Stuttgart
- **Informieren Sie sich auch auf unserer Homepage.**

Liberales Senioren Initiative Baden-Württemberg

Rosensteinstr. 22
70191 Stuttgart

info@liberale-senioren-bw.de

Inhalt	
Bundestagswahl 2017 (WHA)	Seite 1/2
Kasseler Erklärung 2017 (WHA)	Seite 3
Jamaika Sondierungen - Wie weiter? (WHA)	Seite 4
Möglichkeiten der Prävention (HD)	Seite 5
Bulgarien-Reise Europazentrum BW (GM)	Seite 6/7
Lebenslanges Lernen (KS)	Seite 8/9
Das deutsche Steuersystem (KHW)	Seite 10
Aufbruch Stuttgart (GRH)	Seite 11
Hambacher Symposium (KHW)	Seite 12
Klimaforschung Uni Heidelberg (KHW)	Seite 13
Jahresabschluss Überwachungen (KK)	Seite 14
Laemmle-Museum für Christen und Juden (KK)	Seite 15

www.liberale-senioren-bw.de